

Langzeitfolgen wiegen schwer

Handel lässt sich nicht in „gute“ demokratische und „schlechte“ autoritäre Regime aufteilen. Notwendig ist gerade jetzt ein neuer Schub für den Freihandel, ist

Rainer Kirchdörfer überzeugt.



Stiftung Familienunternehmen / Marco Urban [M]

Den deutschen Familienunternehmen sind mit Blick auf Russlands Krieg in der Ukraine zwei Dinge klar: Sie werden die Folgen dieses Krieges noch lange spüren – und das Schlimmste steht erst noch bevor. Zwar ist die Abhängigkeit vom russischen Markt insgesamt begrenzt, weil Russlands Volkswirtschaft vergleichsweise klein ist. Das russische Sozialprodukt beträgt nur ein Zehntel der chinesischen Wirtschaftsleistung.

Für die meisten Unternehmen dürfte auch der direkte Effekt von Sanktionen überschaubar bleiben, obwohl es auch Familienunternehmen mit einer starken Stellung in Russland gibt, die bereits schmerzhaft Einbußen hinnehmen müssen. Bei der Mehrheit der Betriebe in Familienbesitz überwiegt aber die Einschätzung, dass die sogenannten Zweit- und Drittrundeneffekte des Kriegs erheblich sein werden.

Überreaktionen gegen China sind fehl am Platz

Damit sind die indirekten Folgen des Kriegs wie explodierende Energiepreise gemeint. Eine aktuelle Umfrage unter 1100 Unternehmen unserer Stiftung ergibt, dass die Unternehmen wegen der gestiegenen Energiepreise Investitionsentscheidungen zunehmend auf den Prüfstand stellen. Hinzu kommen massive Störungen in den Lieferketten etwa in China sowie die bedrohliche Verknappung von Rohstoffen. Dazu tritt die Unsicherheit, was die höheren Teuerungsraten für die nächsten Lohnrunden bedeuten.

Die Verwerfungen werden unweigerlich zu ökonomischen Bremsspuren führen, die das Steueraufkommen ebenso schwächen wie die Finanzierung unseres Sozialstaats und den Gestaltungsspielraum der Politik. Die Familienunternehmen unterstützen zwar aus voller Überzeugung die Sanktionen. Sie sind der Preis dafür, die Rechte freier und souveräner Staaten zu verteidigen.

Dennoch dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, was dies auch für die Beschäftigung in Deutschland bedeutet. Noch lässt sich der Preis, den wir zahlen müssen, nicht genau taxieren. Die Unsicherheit hat aber zugenommen. Zu den langfristigen Konsequenzen gehören Veränderungen von Handelsströmen.

Die Familienunternehmen fragen sich: In welchen Märkten können und wollen wir künftig noch tätig sein? Kommt es zu einer neuen Spaltung im Welthandel?

Infolge der Russlandkrise hat die Diskussion über eine härtere Gangart gegenüber China an Fahrt gewonnen. Es ist aber vor weiterer Eskalation zu warnen. Handel lässt sich nicht einfach in „gute“ demokratische Staaten und „schlechte“ autoritäre Regime aufteilen. Das zeigt das Beispiel Indien, das eine Demokratie ist, aber mit Russland enge Beziehungen unterhält. Es wäre kurzfristig, wegen der Nähe zu Moskau den Handel mit Indien einzustellen.

Auch Überreaktionen gegenüber China sind fehl am Platz. Dadurch entstünde ein ökonomischer Flächenbrand. Wichtig ist jetzt ein neuer Schub für den Freihandel. Die EU-Freihandelsabkommen mit Kanada und den Mercosur-Staaten liegen schon lange auf Eis und sollten endlich umgesetzt werden.

Die Wirkung der Sanktionen gegen Russland ist erheblich

Die Notwendigkeit von Sanktionen gegen Russland und Weißrussland darf nicht als Vorwand dienen, den Welthandel insgesamt zurückzudrehen. Oft wird übersehen, dass gerade die Einbindung von Staaten in Handels- und Wertschöpfungsketten soziale und gesellschaftliche Verbesserungen erst ermöglicht hat. Eine Flucht in den Nationalismus des 19. Jahrhunderts wäre unverantwortlich.

Ratsam ist, die Wirkung der verhängten Sanktionen gegen Russland nicht zu zerreden. Aus Sicht der Familienunternehmen sind die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen deutlich zu spüren. Das zeigen ihre Erfahrungen mit Kontakten nach Russland: Geschäftspartner vor Ort berichten, dass es immer schwieriger wird, Materialien zu erhalten.

Das gilt auch für Ersatzteile, die nicht auf der Sanktionsliste stehen. Vielfach findet sich kaum noch ein Spediteur, der den riskanten Transport nach Russland übernimmt. Dies werden die russischen Bürger im Alltag merken – ob bei der Verfügbarkeit von Handys oder der Bargeldversorgung. Absehbar ist auch, dass Russland ein weitreichender Technologiemangel droht.

Deutsche Familienunternehmen fürchten Enteignungen in Russland

An der Wirksamkeit der Sanktionen ändert auch die Tatsache nichts, dass einige Unternehmen – etwa aus der Pharma- oder Lebensmittelbranche – weiter den russischen Markt beliefern, weil sie Verantwortung gegenüber Verbrauchern, Patienten und Pflegebedürftigen tragen. Aber auch viele Familienunternehmen, deren Produkte nicht unter die Sanktio-

nen fallen, haben sich entschieden, ihr operatives Geschäft in Russland einzustellen.

Sie berichten, dass die Regale in russischen Läden teilweise innerhalb von wenigen Tagen mit chinesischen Produkten aufgefüllt sind. China springt wie so oft in die Bresche.

Die russische Regierung droht im Gegenzug damit, Unternehmen zu verstaatlichen, die durch ausbleibende Lieferungen aus dem Westen in Probleme geraten oder bewusst ihre Tätigkeit in Russland einstellen. Auch der Druck der russischen Behörden auf das lokale Management nimmt zu.

Das wirft die Frage auf, ob deutsche Familienunternehmen eine entschädigungslose Enteignung in Russland hinnehmen müssen. Für sie stehen hohe Investitionen auf dem Spiel, die sich Putins Machtapparat einverleiben möchte. Die deutschen Unternehmen machen dabei nicht selten einen Spagat: Sie halten zu ihren Mitarbeitern in Russland und bezahlen sie trotz Produktionsstopps weiter.

Schließlich verspüren sie auch ihnen gegenüber eine Fürsorgepflicht. Da zieht man nicht sofort die Reißleine. Einige Familienunternehmen haben ihren Mitarbeitern vor Ort sogar eine Beschäftigungsgarantie für die nächsten Monate gegeben, um ihnen mehr Sicherheit zu bieten.

Über wenige Monate lässt sich der Stillstand finanzieren, doch wegen der anfallenden Verluste ist das nicht dauerhaft möglich. In den nächsten Monaten müssen sich die deutschen Unternehmen entscheiden, ob sie sich endgültig aus dem russischen Markt zurückziehen. Dies würde Russland noch weiter vom Rest der Welt isolieren. Klar ist: Das Ausmaß der ökonomischen Abkoppelung Russlands wird erst in einigen Monaten voll sichtbar werden.

Die Zeit läuft. Dieser Krieg verursacht nicht nur unsägliches menschliches Leid. Auch die ökonomischen Langzeitfolgen sind so einschneidend, dass sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit von Jahrzehnten zunichtemachen. Das wirft nicht nur die einzelnen Unternehmen, sondern auch deren Beschäftigte in Russland zurück, die oft seit Jahrzehnten für deutsche Unternehmen tätig sind.



Die Familienunternehmen fragen sich: In welchen Märkten können und wollen wir künftig noch tätig sein? Kommt es zu einer Spaltung im Welthandel?

Der Autor

Rainer Kirchdörfer ist Vorstand der Stiftung Familienunternehmen.